

„Dieser wirre, wilde Tag“**Vortrag des Schriftstellers Dr. Erich Loest anlässlich der Gedenkveranstaltung
„Volksaufstand für die Freiheit“ des Sächsischen Landtages am 17. Juni 2003**

Verehrte Herren Präsidenten, meine Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr bei den beiden Musikanten, die da schon wieder weggehen, für das, was sie uns geboten haben. Besonders das Letztere war eine so kämpferische, eine so muntere Musik: Sie passt zu diesem Tag. Nicht viele Tage erschütterten mich so, wühlten auf, kehrten in meinem Innersten das Unterste zu Oberst wie dieser Mittwoch im Juni. Ich rannte, hetzte, schlich durch das Zentrum Berlins in den wenigen Stunden von 9 bis 3, vom Lodern eines Zeitungskiosks an der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden bis zum Einschwenken sowjetischer Panzer in Richtung Haus der Ministerien und Potsdamer Platz. Ich trug das Abzeichen der SED, nestelte es vom Revers und steckte es wieder an. Ich sah hilflose Staatsangestellte, eine Feuerwehr, die tatenlos abzog, als ihnen die Brandstifter deutlich machten, das sei ihr Feuer, und nicht einen einzigen Polizisten. Ich erlebte den Strom der Arbeiter breit wie Berlins Prachtstraße, Zehntausende, und ich vergaß ihre Wucht nie. Ein guter Marxist wollte ich sein, wie ich ein braver Hitlerjunge und todesmutiger Nazisoldat hatte sein wollen, ich ward nicht als Demokrat geboren. Nun erlitt ich, wie sich Arbeiter gegen den Staat erhoben, der sich Arbeiter- und Bauernstaat nannte. Zwei Sommergewitter trieben die Demonstranten in Haustüren und U-Bahn-Stationen. Von diesem Platzregen erfuhren die Propagandisten beiderseitig später höchst ungem. Ich sah Männer in Staubmänteln, die den Demonstrationzug nach Westberlin leiten wollten, offenbar hat sie keiner außer mir gesehen. Da hatten sich schon beide Seiten festgelegt: Im Westen „Tag der deutschen Einheit“, im Osten faschistischer Putschversuch. Weder Gewittergüsse noch Einheitssturm und Zündeltrupps vom Ost-Büro der SPD oder der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit passten ins politisch saubere Bild, auch nicht zum Einheitskampf entschlossene Ostberliner Arbeiter, die, viele nur in Hemd und Blaumann, vor dem Regen kniffen. 1983 zum 30. Jahrestag diskutierte ich auf offener Bühne in einer westdeutschen Stadt mit Stefan Thomas, seinerzeit führend im SPD-Ostbüro. Abends beim Bier gestand er zu, natürlich hätten er und die Funktionäre verwandter Organisationen, als sie erfuhren, dass es in Ostberlin loderte, ihre Leute rübergeschickt, um Öl ins Feuer zu gießen. Ich fragte sofort nach Einzelheiten, aber Thomas erstickte weitere Mitteilungsfreude in einem erheblichen Schluck.

Das westliche Schweigen war zu erfolgreich, als dass es nach 50 Jahren noch einer freiwillig bräche und die Akten der Geheimdienste sind im Westen weiterhin verschlossen. Die SPD könnte zu letzten Wahrheiten beitragen, öffnete sie die Archive ihres Ostbüros. Außerdem wüsste ich gern, wie es zu dem bekanntesten Foto gekommen ist, das bis zum heutigen Tag unablässig abgedruckt wird. Auf ihm recken junge Männer schwarz-rot-goldene Fahnen vor dem Brandenburger Tor. Nirgends sah ich in Ostberlin Fahnen an diesem Tag, und nun gar mehrfach vor unserer symbolträchtigsten Kulisse? Kein Demonstrationzug zog durch das Brandenburger Tor nach Westberlin. Verrät uns jemand, wann dieses Foto von wem gestellt worden ist? Ein Dutzend meist jüngerer Männer ist zu

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

erkennen, erinnert sich einer und erzählt uns was? So ist es auch mit den Fotos, auf denen Jungs Steine auf die Panzer schmeißen. Sie sind nicht gestellt, das hat sich zugetragen, das ist echt, aber diese Fotos gehen am 17. Juni, an diesem Aufstand, am Wesen völlig vorbei. Denn er richtete sich nicht gegen die Sowjets, sondern gegen die Regierung der DDR. Und überall in Mitteldeutschland warnten die Vernünftigen: Bloß nicht noch mit den Russen anlegen! Wir haben unsere Sache zu tun, und die Bitterfelder waren die Gescheitesten. Ein aufwühlender Tag für den Journalisten, den angehenden Schriftsteller. Ich schrieb sofort Artikel über das, was ich erlebt hatte, dominiert durch alles, was ich als Redakteur der Leipziger Volkszeitung und auf Parteischule gelernt hatte. Das unterschied sich in nichts von dem, was in anderen DDR-Zeitungen stand. In mir klang der Satz: Lieber 100 Mal mit der Partei irren, als sich einmal gegen sie stellen. Aber wenige Tage später hielt ich den Widerspruch zwischen Parteitreue und dem, was ich erlebte, nicht mehr aus und kritisierte das Vertuschen und Verdrehen, darauf wird zurückzukommen sein.

Viele Jahre feierte die alte Bundesrepublik den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit, während in der DDR allenfalls an runden Jahrestagen in knappen Bemerkungen die These vom faschistischen Putsch wiedergekaut wurde. In Lesebüchern der DDR wurde die Novelle „Die Kommandeuse“ von Stephan Hermlin aufgenommen. Sie bedient die Legende vom angreifenden Faschismus, ihre Botschaft wirkte besonders in Halle nach und tauchte in den Debatten der letzten Monate beharrlich auf: die KZ-Bestie Erna Dorn, die aus dem Gefängnis befreit auf dem Hallmarkt hetzte, nach dem Westen ihrem Vater schrieb, nun wäre es an der Zeit, die geliebte SS-Uniform wieder anzuziehen, und geköpft wurde, um den Frieden zu bewahren. Eine Kleinkriminelle war sie, das Opfer eigener prahlerischer hysterischer Stilisierung und der SED-Propaganda, die faschistische Feinde brauchte und suchte.

Die deutsche Einheit war heiliges Ziel des Grundgesetzes. Als sie 1990 Möglichkeit und Wirklichkeit wurde, erwiesen sich die Schubladen der Planungsstrategen als leer. Weder Regierung noch Opposition wussten, was mit dem Geschenk, das aus Mattheuers „Blauem Himmel“ fiel, anzufangen sei. Stümpereien begannen, deren Folgen wir noch jahrzehntelang zu tragen haben werden. Seltsamerweise avancierte nicht der 17. Juni zum gemeinsamen deutschen Feiertag. Über den 9. November, an dem sich deutsche Geschichte im Prachtvollen wie im Entsetzlichen bündelt, dachten wir folgenlos nach. Leipziger brachten den 9. Oktober ins Spiel, endlich bescherten uns die Mächtigen den 3. Oktober. Wir behalten ihn, man kann nicht dauernd über alles frische Debatten anzetteln. Bausteine werden von Historikern abgeklopft, gewogen, gefügt und gefügt, mit feiner Waage miteinander ins Verhältnis gesetzt. Der Jahrestag lässt auch Dunkelmänner nicht rasten. In der Verlagsgruppe Eulenspiegel, zuständig für Stasi-Memoiren und DDR-Verklärung, fragt Hans Bentzien: „Was geschah am 17. Juni?“ Für den gewesenen DDR-Minister und Fernsehdirektor trieben CIA und Berija-Agenten ein teuflisch Spiel; sein Buch ist so rabiat dumm, dass es mühelos jede DDR-Zensurhürde gemeistert hätte.

Wie felsenstürzte sich die DDR-Führung auch nach außen zeigte, so zog sie doch im Inneren Lehren aus dem Schreck und machte ihn heilsam. Vorher hatte die Losung gegolten: Wir dürfen den Massenstimmungen nicht nachgeben. Das hieß im Kern: Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben - den Gürtel enger schnallen, ranklotzen, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Brecht dichtete im Schaukelstuhl seiner Datsche: „Und heraus gegen uns, wer sich traut!“ Nach dem 17. Juni hieß der Leitsatz: Wir dürfen die

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verbindung mit den Massen nicht verlieren, müssen vielmehr das Ohr am Volk halten. Ich erinnere mich, als in den 70er Jahren in meiner Heimatstadt Mittweida die Fleischversorgung immer miserabler wurde, schalteten die Frauen kurzerhand eines mittags ihre Spinnmaschinen ab und strebten in die Stadt, um auch ein paar Koteletts für ihre Männer abzubekommen. Die Meister rangen die Hände, Agitatoren blieben machtlos. In der nächsten Woche lag reichlich Fleisch in Mittweidas Läden, dafür war es nahe bei in Freiberg oder Öderan etwas knapper. Niemand wurde bestraft oder gemaßregelt, die Führenden nickten einander zu: So geschmeidig regeln wir derlei, Genossen. Das versuchten sie bis in den Sommer 89 hinein. Das Schreckgespenst hockte noch immer auf allen Strausberger Plätzen. Als Stasi-Chef Mielke in jenem Frühherbst Thüringen besuchte und von einer sehr schwierigen Lage hörte, sagte er, da haben wir also morgen bei euch 17. Juni? Damals überbrachte der sowjetische Botschafter in Ostberlin der DDR-Regierung die Entscheidung Gorbatschows, wenn es zu Tumulten wie 1953 kommen sollte, bleiben unsere Soldaten in den Kasernen, das ist dann euer Problem. Da wusste die DDR-Führung, vielleicht von Honecker und Mielke abgesehen, dass ihr Untergang bevorstand.

Weit verbreitet ist die Meinung: Wenn die sowjetischen Panzer nicht eingegriffen hätten, wenn es den Arbeitern in der DDR gelungen wäre, die Regierung aus dem Amt zu jagen, wenn bei freien Wahlen alle deutschen Parteien, vor allem die SPD, teilgenommen hätten, wäre die Einheit die rasche und logische Folge gewesen. So schwang das weiland mit bei den Reden im Bundestag, so wird es klingen bei etlichen Festreden in unseren Tagen. Diese Ansicht ist historisch nicht haltbar und schon die Fragestellung unzulässig. Die Niederlage Nazideutschlands lag erst acht Jahre zurück, die Siegermächte hatten die Verantwortung für das weitere Geschehen übernommen, das taten die zum Teil noch immer gemeinsam und im stärkeren Maße in eigener Regie nach unterschiedlichen politischen Vorstellungen. Die Westalliierten, Alliierte waren sie trotz Kalten Krieges in der ungeklärten deutschen Frage mit der Sowjetunion noch immer, blickten keineswegs erfreut auf das, was jenseits des Brandenburger Tores brodelte. Im RIAS bremsten sie deutschen Überschwang sofort und nachhaltig.

Wenn die sowjetischen Panzer nicht gerollt wären - sie mussten rollen. Die Situation kann in keiner Weise mit 1989 verglichen werden. Beide deutsche Regierungen waren ihren Besatzungsmächten untertan, sie bekamen Weisungen und funktionierten, sie wären abgelöst worden, hätten sie eigene Schritte von einiger Tragweite riskiert. Keine Idee, „der Westen“ wäre ostdeutschen Arbeitern zu Hilfe gekommen - darauf hofften die ungarischen Aufständischen ein paar Jahre später ebenfalls vergeblich. Die Welt war zweigeteilt. Von örtlichen Querelen ließen sich die Supermächte nicht in einen Dritten Weltkrieg hetzen. In ihren Höfen räumten sie selber auf. So war es auch 1968 in Prag, anders 1989. Da lag die Sowjetunion im Sterben, Gorbatschow konnte kein Gesundheitsminister mehr sein, sondern nur noch Leichenwäscher. Und die Bürger der DDR fürchteten die Sowjetunion nicht mehr. Viel mehr riefen sie: Gorbi hilf. Die Repressionen waren hart, Todesurteile, lebenslänglich, 15, 12 Jahre Zuchthaus für die Anführer der Streikkomitees - wem es nicht gelang, das rettende Westberlin zu erreichen, bekam die Rache zu spüren. Verbissene Anstrengung galt dem Versuch, den umfassenden 17.-Juni-Prozess zustande zu bringen, in dem die imperialistische Urheberchaft nachgewiesen werden sollte. MfS-Greifer entführten Geheimdienstler aus Westberlin, selbst das brachte nicht den gewünschten Erfolg. Jeder von ihnen wurde monatelang vernommen mit dem Ziel, das Wirken der Giftspinne CIA nachzuweisen. Das bisherige Treiben der Verschleppten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

genügte, sie für lange Jahre im Zuchthaus zu verwahren. Den Coup, den großen 17.-Juni-Schauprozess, schafften selbst die emsigsten Stasi-Vernehmer im U-Boot von Ostberlin nicht. Von Propagandagerede vom Tag X ließ sich Stefan Heym verleiten, diesbezüglich Handlungsstränge in einen Roman einzubeziehen - dadurch wird er unbrauchbar. Zu meinen spannendsten Abenden im Zuchthaus gehörte es, den Erzählungen der alten Geheimdienststripenzieher aus Kreuzberg, vom Gesundbrunnen und dem Wannsee zu lauschen. Fritze, Seemann, Winne, seid bedankt.

Wenn sich Revolutionäre des 17. Juni im Zuchthaus trafen, grüßten sie sich: Beim nächsten Mal klappt's. Das war dann 36 Jahre später.

Ganz Sachsen-Anhalt brannte von einem Ende bis zum anderen, Streiks in Leuna und Ammendorf, Sturm auf Gefängnisse in Halle und Magdeburg, Kundgebungen von Zehntausenden und die Klugheit der Streikleitung von Bitterfeld-Wolfen, in einem Telegramm an die Regierung der DDR den sofortigen Rücktritt zu fordern und gleichzeitig den sowjetischen Befehlshaber in Karlshorst höflich zu bitten, das, was sie ins Werk setzten, als nicht gegen die Besatzungsmacht gerichtet anzusehen, sondern als freiheitliches Bemühen von deutschen Arbeitern - das alles gehört zu diesem wirren, wilden Tag voller bizarrer Widersprüche, die aufzuklären und zu wichten der Kraft und Klugheit ungezählter Zeitzeugen, Chronisten und Historiker bedürfen. Nach Jahrzehnten der Versäumnisse wird aufgeholt, gerade noch rechtzeitig, um Überlebende befragen zu können. Übrigens, Herr Hähle, mit den standrechtlichen Erschießungen der sowjetischen Soldaten hier und da: Wir hören oft davon, und alle, die nachgeforscht haben, haben bisher nichts gefunden. Es ist ein Gerücht. Aber: Das Volk macht sich seine Gerüchte, das Volk hoffte, dass es so gewesen sei, dass auch einfache Sowjetsoldaten, dass ganze Panzerbesatzungen gesagt hätten, wir fahren nicht, hier marschieren wir nicht.

Aber, aber was treiben wir nächstes Jahr und fürderhin? Ich halte es für nützlich und nötig, den 17. Juni künftig als „Tag des kecken Bürgers“ zu begehen. Gewiss, der DDR-Staat und unsere Bundesrepublik unterscheidet sich grundlegend. Ja, wir haben die beste Staatsform, die wir uns vorstellen können. Dennoch, nicht alle sehen das so, sonst bliebe nicht ein Fünftel unserer Bürger der Wahl fern und bei Wahlen von vermeintlich nur lokaler Bedeutung bis zur Hälfte. In Bremen wählten neulich gerade mal 62 Prozent. Wer versucht, die Wünsche der Verweigerer zu erraten? Der „Tag des kecken Bürgers“ - ich stelle mir vor, mir würde das ungebremste Wort erteilt. Was sage ich dann? Zunächst wendete ich mich an die PDS und fragte: Wie werden Sie in Ihrem neuen Programm, das Sie uns seit Jahren verheißen, endlich erklären, was Sie sich heute und hier unter Volkseigentum an Produktionsmitteln, meinerwegen auch Gemeineigentum, wie Sie es bisweilen spitzfindig formulieren, vorstellen? Als weiland Absolvent einer SED-Parteischule weiß ich natürlich, was darunter zu verstehen ist. Eine Sympathisantin der PDS, von Journalisten bedrängt, verstieß sich kürzlich zur Auskunft, man könne wohl bei der Vergesellschaftung mit den Bayrischen Motorenwerken beginnen. Es erhoben sich weder Proteststurm noch grelles Gelächter. Die BMW-Aktien stürzten nicht ab, es war wie das leise Furzen einer Zündkerze, und der weiß-blaue Motor lief weiterhin rund. Wenn der PDS nichts weiter einfällt als sich für die Kindertagesstätten stark zu machen, sollte sie sich zum Förderverein für Kitas e. V. zurückstufen. Die PDS habe sich neu aufgestellt, heißt es. Bleibt sie bei ihrem Kinderminimalismus, geht sie unter.

Wäre ich Festredner im kommenden Jahr, wüsste ich, jetzt breitet sich vor mir vermintes Gelände. Denn nun gemahnte ich in diesem Hause, ich weiß, wo ich bin, an die Freveltat der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

staubigen Wettiner-Brüder Ernst und Albrecht, die 1485 Deutschlands Herz zerrissen. Ein vereintes Thüringen und Sachsen mit Halle dazu hätte ungefähr die Wirtschaftskraft und Größe von Hessen. Dass es dazu kommen wird und muss, steht für mich fest. Und alle Beteuerungen, Herr Milbradt, das sei definitiv ausgeschlossen, verfangen bei mir nicht. Natürlich brauchten wir im konzentrierten Bundesland weniger Politiker, Parteivorsitzende und Abgeordnete, alles käme übersichtlicher und billiger. Niemand sollte meinen, dadurch würden die Dialekte und Volksbräuche beschädigt. Die absolute Freiheit für Klöße halb und halb, Rostbräu und das Rennsteiglied blieben garantiert. Wenn es um Verkehrswege, Universitäten, Hochwasserschutz und vieles anderes mehr ginge, spräche man mit einer Zunge. Höchsterfreulich, dass in dieser Richtung allerlei geschieht. Hatten wir denn immer Minister von höchster Qualität überall und glänzende Oppositionsführer? Wir könnten allerhand Geld in Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen und Jugendhäuser stecken. Junge Lehrer könnten verstärkt in kleinere Klassen einziehen und Stundenausfall dämmen. Im Forst von Mannigswalde an der sächsisch-thüringischen Grenze fand ich einen uralten Stein, in den die Worte gemeißelt sind: „Mir gehärn andauernd zuänander“, was dem schleswig-holsteinischen „Up ewig ongedeelt“ entspricht. Dort auf schattiger Waldeslichtung könnten unsere Ministerpräsidenten das leistungsfähige zentraldeutsche Bundesland aus der Taufe heben, umjubelt von ihren dankbaren Völkern. Für die Abfassung einer diesbezüglichen Festschrift halte ich mich allzeit bereit. Natürlich ist das staatsrechtlich ein Brocken, Landesverfassungen müssten geändert werden, ein versierter Staatsjurist müsste ran. Ich wüsste einen, Roman Herzog. Er wollte doch schon immer, dass ein Ruck durchs Land ginge. Herr Herzog, machen sie Zuck! Obendrein ist der Mann finanziell abgesichert, denn nur eine Berufsgruppe in Deutschland erhält lebenslänglich das volle Gehalt, die der Bundespräsidenten, und das schon nach vierjähriger Dienstzeit. Nebenbei: Was uns der Scheel schon gekostet hat.

Natürlich verstehe ich Ministerpräsidenten Böhmer, kaum im Amt, soll er schon an seinem Stuhl sägen. Er spricht von Identitäten und regionalen Eigenarten, die er gefährdet sieht. Das gehört alles nicht hierher. Er möge bedenken, was Baden-Württemberg in lebendiger Vielfalt vereint, zu dem im Landestitel genannten kommen noch Allemannen, Schwaben und Hohenlohes hinzu. Von straffer Verwaltung ist die Rede, nicht von Brotformen und Osterbräuchen. Keiner will Böhmers Brockenhexen an ihre Besen. Renne ich vielleicht offene Türen ein? Sind unsere drei Ministerpräsidenten - listig listig - schon einige Schritchen weiter und verraten es nur nicht? Noch etwas könnte gemacht werden. In Berlin unterhalten unsere drei Länder drei Landesvertretungen. Relikte aus der Postkutschenzeit. Das Sächsische Haus galt mit 27 Millionen Mark Baukosten als preisgünstig. Ein Regierungssprecher brachte es auf den Punkt. Das Kanzleramt sei so nahe, dass man eine Papiertaube hinüberschicken könnte. Nun verkehren wir aber nicht mehr mit diesem netten Nachrichtenmittel, sondern mit Telefon, Fax und E-Mail, 25 Staatsdiener werkelten anfangs auf 2.100 Quadratmeter Nutzfläche. Sachsens Ministerpräsident verfügt in der Berliner Landesvertretung über ein Arbeitszimmer. Kurt Biedenkopf reparierte in ihm mal eine Uhr. Derlei liebt der Hofjournalist. Georg Milbradt gestand mir mit seinem bekannten zart-bitteren munteren Mona-Lisa-Lächeln, er werde wohl nicht allzu oft dort Aktenberge ausbrüten. Meine drei Herren Ministerpräsidenten, verkaufen Sie zwei der Herbergen, schlüpfen Sie in einer unter, geben Sie mir das verbleibende Geld für Bibliotheken und wir alle bewegen uns in einer gedeihlichen Richtung.

Jetzt ernsthafter. In der letzten Legislaturperiode versuchte die Bundesregierung die Zahl

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

der Arbeitslosen von 4 auf 3,5 Millionen zu senken, was bekanntlich misslang. Sie wollten von acht Arbeitslosen einen in Lohn und Brot bringen, von den übrigen sieben Zwergen war nicht die Rede. Nun steigt die Zahl der Arbeitslosen, Beihilfen werden gekürzt, schnellere Vermittlung bringt nicht viel. Es wäre also höchste Zeit und jetzt Schweißes wenigstens einiger Politiker wert, sich wenigstens Gedanken zu machen, wie man denen, die ohne Arbeit bleiben müssen, ihr Leben in Würde gestalten könnte. Dabei wissen alle, dass Vollbeschäftigung weltweit noch nie geschafft wurde und derzeit in Deutschland unmöglich erreicht werden kann. Im Osten sind viele Frauen arbeitslos, im Westen arbeiten viele Frauen nicht. Das ist ein Unterschied. Im Osten gilt Arbeitslosigkeit als unverschuldeter Schicksalsschlag. Im Westen entscheidet sich eine Frau weitgehend zwischen Beruf und Familie. Beispielsweise gelingt es den Leipziger Bibliotheken kaum, ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Ein Ostler, der seine Arbeit verliert, reagiert beleidigt, mich will keiner, ich gehöre zum alten Eisen. Da senken sich Mundwinkel, Mienen werden starr. Ehrenamtlich, nein! Gelernte Bibliothekarinnen, die „freigesetzt“ werden, wie es verharmlosend heißt, wollen nicht stundenweise an alter Stelle aushelfen. Ihr wollt mich nicht mehr, dann aber konsequent! ABM-Kräfte werden angelernt und reagieren nach dem Ablauf dieser Phase mit der Bitte, noch ein wenig zur Verfügung zu stehen, ablehnend. Wenn schon arbeitslos, so die Reaktion, dann total. In manchen neuentstandenen Siedlungen unserer Region wohnen aus Westdeutschland zugereiste Familien, dort passiert es eher als in traditionellen Altgebieten, dass Frauen Fördervereine für die Schulen bilden, die von ihren Kindern besucht werden. Unterschiede zwischen Ost und West also noch immer nach 13 Jahren. Dies aber auch, Wohlstand fördert die Neigung zu gemeinnütziger Betätigung. Die Frau eines Arztes oder besseren Angestellten neigt dazu eher als die Empfängerin von Sozialhilfe, deren Mann unter Depressionen leidet, und ihr Kühlschrank ist gerade kaputt gegangen. Das freilich gibt es im Westen auch.

Neulich sagte jemand: Der Loest kann reden über sonst was, am Ende landet er doch bei seinen Bibliotheken. Das ist wohl wahr. Überall werden Bibliotheken geschlossen und Ankaufetats soweit gekürzt, bis der Bestand veraltet. Eine Ausnahme: Meine Heimatstadt Mittweida - Käthe, du weißt es, das ist meine Schwester. In meiner Heimatstadt Mittweida ist eine neue Bibliothek gebaut worden. Arme können keine Bücher kaufen und ihren Kindern schenken. Arme sind auf die Bibliothek angewiesen. Sie muss wohlortiert sein und darf von ihnen keine Gebühren verlangen. Sie muss zu Fuß oder per Fahrrad erreicht werden können. Pisa hat uns nicht aufgeschreckt. Handwerksmeister klagen folgenlos, dass die Lese- und Rechenfähigkeit ihrer Lehrlinge abnimmt. Literatur- und Kunstliebe bilden einen Damm gegen geistige und seelische Verflachung durch Mörderfilme der Privatsender und der öffentlich-rechtlichen dazu, mit Pilcherei und Banalmusik. Sie kennen das. Zugang zur Literatur, das sagen alle Untersuchungen, muss man bis zum 12. Lebensjahr gefunden haben, danach sind Türen verbaut. Wir sind dabei, uns gegenüber einer Generation von armen Kindern zu versündigen, und das sind in unserem Sachsen seit 12 Jahren und in absehbarer Zeit an die 20 Prozent. Als vor zwei Jahrzehnten in Schweinfurt die Kugellagerindustrie in eine grausame Krise geriet und die Arbeitslosenzahl hochschnellte, reagierte die Stadtverwaltung, indem sie den Etat der öffentlichen Bibliothek mit einem Schlag verdoppelte. Wäre doch Schweinfurt überall.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Morgen Vormittag darf ich in einer Jury über Gelder mitentscheiden, die die Sparkasse Leipzig für Bibliotheken im Landkreis zur Verfügung stellt. In meiner Mappe liegt ein Brief. „Ich bin Nutzer der Bücherei Elstertrebnitz und las ihren Titel, Kulturstiftung hat noch Geld übrig. Sofort machte ich mich auf den Weg zu unserer Bücherei. Da diese nur am Dienstagnachmittag geöffnet hat und von einer älteren Bürgerin in Ehrenamt geführt wird, die es eigentlich aus Gesundheitsgründen schon abgeben wollte, war wieder einmal geschlossen. Da ich diese Chance und den Termin nicht verstreichen lassen wollte, schreibe ich - Unterschrift Robert Schiotter, Klasse 10 a der Mittelschule in Pegau.“ Genaue Angaben, schreibt der Junge, werden nachgereicht. Dieser mündige Schüler empfiehlt den Ankauf von Lexika, Duden, Atlanten, Romanen usw. Ich verspreche ihm für morgen in dieser Jury meine heiße Stimme.

Bei Schulen, die Förderstunden durch Lehrer anbieten, bildet Deutschland mit 14 Prozent das Schlusslicht der Tabelle. Der Durchschnitt liegt bei 72 Prozent, das weit gerühmte Finnland, auch Dänemark und Neuseeland verweisen auf 90 Prozent ihrer Schulen, die derartige Hilfen anbieten. Keine Frage, dass sich arbeitslose Eltern Nachhilfestunden auf dem sich ausbreitenden gewerblichen Markt nicht leisten können. Vorschlag und Bitte: Schließt zwei Landesvertretungen und stellt Lehrer ein für kostenfreie Hilfe an Nachmittagen und für Wochenendkurse. Wir sind beauftragt, das real existierende Kind zu fördern und nicht über falsche Schüler, Ausländer etwa, zu klagen. Für arme Kinder müssen Computerkabinette in Schulen und Jugendklubhäusern bereitstehen, aber auch dort wird der Rotstift angesetzt. Vom Philosophen Ernst Bloch, den die SED aus Leipzig vertrieb, stammte der Satz: Wenn es nicht mehr für alle reicht, springen die Armen ein. Ich wollte mir nie vorstellen können, dieser Satz könnte in unserer Zeit erneut gelten.

So und ähnlich könnte der kecke, aufmüpfige und damit souveräne Bürger sprechen. Er müsste keinesfalls fürchten, nicht wieder eingeladen zu werden, denn er ist unabhängig, und so wie er oder weit kühner, denken viele. Er darf anknüpfen an die Tradition der Maurer, der Berliner Stalinallee, die von ihren Gerüsten stiegen, vor den Regierungssitz zogen und lauthals verkündeten: So darf mit uns keiner umspringen!

Zurück zu dem Mann, der in den Trubel des 17. Juni vor 50 Jahren geworfen wurde, zu seiner Partei halten wollte und die Widersprüche zwischen Erlebtem und Verlangtem nicht länger aushielt. Eine Woche später wieder in Leipzig diskutierte ich mit meinen Kollegen im Schriftstellerverband. Wir verfassten eine Resolution, in der es heißt: „Wir wehren uns gegen unwahre, lückenhafte und beschönigende Informationen. Wir wenden uns vor allem gegen die Versuche, die Demonstrationen zahlreicher Arbeiter lediglich als die Folge von Agentenarbeit darzustellen. Dass die Arbeiter, wenn auch nur für Stunden, ihnen ins Garn gingen, liegt an der bisherigen falschen Behandlung der Arbeiter durch Regierung und Partei. Das kommt auch in der Erklärung des ZK der SED vom 21. Juni klar zum Ausdruck, wird aber durch Leitartikel und beschönigende Berichte einiger Zeitungen, auch der Leipziger Volkszeitung, immer stärker vertuscht. Durch diese Verschiebung der Proportionen entsteht eine äußerst gefährliche Selbsttäuschung. Wir fordern rückhaltlose Wahrheit. Nur durch sie kann das verlorengegangene Vertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung wiedergewonnen werden, nur durch sie kann verhindert werden, dass die Bevölkerung sich ihre Informationen beim RIAS holt. Die Folge wäre ein neuer, schlimmerer 17. Juni.“

Starker Tobak war das in diesen Tagen. Von der Agententheorie hatten allerdings auch wir uns noch nicht gelöst. Dieser Appell trägt meine Unterschrift, ich war ja der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Vorsitzende. Einige Tage später schrieb ich einen weiteren Artikel für das Börsenblatt: „Elfenbeinturm und rote Fahne“. In ihm kritisierte ich die Parteipresse, also einen Teil der SED mit Wucht und Beispielen. Von dort führte ein direkter Weg ins Zuchthaus. Diese Rede habe ich mehrfach umgeschrieben, gekürzt, erweitert. Ein Gedanke kam mir gestern, das erstaunliche Echo in den Medien und überall in der Bevölkerung dürfte nicht nur mit dem runden Jahrestag zusammenhängen. Mir scheint, dass wir auf der Suche nach historischer Identität sind, Haltpunkte in unserer zerrissenen Geschichte brauchen und fündig wurden. Wir sollten herauszufinden versuchen, was besonders Jugendliche in diesen Tagen erfahren haben, etwa ein genaueres Gefühl dafür, als Deutscher Stolz empfinden zu können auf Frauen und Männer, die gegen eine Diktatur anrannten. Die Streikenden des 17. Juni 1953 wünschten die Regierung der DDR zum Teufel. Der Bürger unserer Tage schöpft Zuversicht aus dem Zorn derer, denen unsere Erinnerung nach 50 Jahren, unsere Bewunderung und unser Dank gelten. Heutiger Mut wirkt freilich bescheiden, gemessen an seinen Vorbildern. Damals drohten Tod und Zuchthaus, heute ist allenfalls ein Runzeln der Stirn zu befürchten, dazu sind wir alle zu wohl erzogen. Vergessen wir nicht, wie gut es uns geht ein halbes Jahrhundert danach.

[Quelle: Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ am 17. Juni 2003, hrsg. vom Sächsischen Landtag, Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, Heft 30, Dresden o.J. (2003), S. 21-31.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---